

C.

Querschnittsthemen

Einführung

„Eine gerechte Welt ist das Leitziel der Menschheit schlechthin, besser gesagt: die Leitutopie, denn erreichbar ist sie hienieden nicht. In der Annäherung an diese Utopie hat es der demokratische Rechtsstaat ... immerhin am weitesten gebracht. Mit der Verwirklichung des Grundsatzes, daß die zur Erhaltung der Gesellschaft notwendigen Einschränkungen der Freiheit für alle gelten müssten, hat er eine wesentliche Voraussetzung von Gerechtigkeit geschaffen: die Gleichheit vor dem Gesetz.“¹

Mit dieser Gleichheit steht es heute nicht zum Besten. Die Gegenwart ist eine Zeit des Überganges, der Inkubation. Altes verfällt, Neues bildet sich, aber dessen Konturen sind noch nicht klar erkennbar. Die Verfallszeit von gesellschaftlichen Werten und den zugehörigen Strukturen wird in diesen Zeiten des Überganges immer kürzer. In einer von Angst getriebenen Rücksichtslosigkeit verteidigen die Etablierten mit „rattenhafter Wut“ (Heinrich Böll) ihre „Errungenschaften“

Was wollen, was können wir dagegen tun?

- Unterdrückung und Meinungsterror im Parteienstaat abwehren.
- Die Bereitschaft der Zeitgenossen kritisieren, das bescheidene Maß an Selbstbestimmung zugunsten von Unterwerfung unter die Vormundschaftlichkeit aufzugeben.
- Die Gefahr ideologischer Bevormundung durch Aufklärung bekämpfen.
- Die Herrschaft durch Geheimdienste und deren Einfluß entlarven.
- Parteipolitische Eigensucht und Klientelpolitik mit deren Tendenz zur Korruption erkennen und benennen.

Wird das möglich sein? Überschätzen wir unsere Kräfte und Möglichkeiten nicht? Wir leben, wie bereits gesagt, in einer Inkubationszeit.² Wir wissen, dass Epochen - Übergänge selten friedlich, sondern meist mit schweren, blutigen Erschütterungen vor sich gehen. Jeder Renaissance geht eine Phase der Finsternis voraus: Werte und Strukturen stürzen, Institutionen zerbrechen, Menschen kommen an Leib und Leben zu Schaden. Dagegen treten wir an – in begrenztem Optimismus. Wenn der Schaden nicht zu vermeiden ist, so sollte er wenigstens begrenzt werden. Aufklärung über das Ausmaß der Veränderung ist der erste Schritt. Deutschland war das Land der großen weltanschaulichen Kontroversen, mindestens seit der Reformation. Hierzulande wurde schon immer Politik als Glaubenssache, als Weltanschauungskampf verstanden. Nie ging es um die Regelung des alltäglichen Zusammenlebens allein, sondern um den Kampf zwischen Gut und Böse. Während es in den westeuropäischen Ländern schon früh eine Selbst- oder Mitregierung gesellschaftlicher Gruppen gab, war das Bürgertum in Deutschland von politischer Mitbestimmung bis ins 19. Jahrhundert ausgeschlossen. In anderen Ländern übte man die politischen Tugenden des Ausgleichs und des Kompromisses. In Deutschland leisteten sich die Gebildeten fern der politischen Praxis die Radikalität des reinen Gedankens. Das macht die deutsche Besonderheit aus.

Seit *Metternichs* Zeiten gab es in Deutschland die Tradition einer Gesinnungsüberwachung neuer Art: Jetzt ging es nicht mehr um den Glauben, dessen Korrektheit kirchlich überwacht

¹ *Stefan Dietrich*: Modernes Gottesgnadentum, in: *FAZ* vom 28.11.2002.

² *Barbara Tuchman*: Der ferne Spiegel, das dramatische 14. Jahrhundert. Düsseldorf 1980.

wurde. Mit dem Entstehen der säkularen Religionen des Liberalismus, Sozialismus und Nationalismus achtete der Staat nicht mehr nur auf staatsbürgerliche Loyalität, sondern auch auf die richtige, erwünschte Gesinnung. Ihren Höhepunkt erreichte dies mit den totalitären Herrschaftssystemen des Nationalsozialismus und Kommunismus, die beide auf deutschem Boden ihre Verwirklichung erlebten. Auch darin liegt eine deutsche Besonderheit. Nirgendwo sonst hat es in der Lebenszeit einer Generation einen derartigen Wandel an Werten gegeben. Jeder Epochenwechsel - 1918, 1933, 1945, 1989 - brachte einen Umsturz der Strukturen und Werte. Es wurde üblich, dass die Nutznießer des Umbruchs einen Fluch über die vergangene Epoche aussprachen. Das Tun der Eliten von gestern unterlag denunziatorischer Vergangenheitsbewältigung. Die neu etablierte Verfassung bedurfte des Schutzes vor den Ressentiments der Gestrigen. Veränderungen, Umbrüche, Charakterwäschen – das hat es auch anderswo gegeben, aber nirgends intensiver und folgenreicher als in Deutschland. Hier ist auch der Ansatz für den Mißbrauch jener Behörden, die zum Schutz vor politisch motivierter Kriminalität, vor Gewalt und Gewaltpropaganda geschaffen wurden. Sie neigen, begünstigt durch eine Atmosphäre der Traditionslosigkeit, politischen Unsicherheit und politisch-ideologischer Maßstablosigkeit zu einer nicht vorgesehenen Präzeptorenfunktion. Diese Haltung kann aber nur in einem Klima verklemmter Obrigkeitshörigkeit, kombiniert mit einem Wunsch nach weltanschaulicher Orientierung gedeihen. Wer nicht so will, wie er soll, wird denunziert. Diese Mentalität ist das zu bekämpfende Übel.

Auch eine sich als Demokratie verstehende politische Ordnung ist nicht frei von totalitären Versuchungen, wenn sie von ihren Bürgern nicht nur Gesetzestreue, sondern auch staatlich vorgegebene Gesinnung erstrebt. Dieser Gefahr der Unfreiheit gilt es auf zweifache Weise entgegenzutreten: Einmal ist der vormundschaftliche Staat der Gegner, zum anderen aber auch eine Bevölkerung, der die Freiheit höchst gleichgültig ist, solange ihre soziale Sicherheit im Wohlfahrtsstaat gewährleistet wird. Freiheitsbewahrung, verstanden als Selbstbestimmung, ist heute eine konservative Aufgabe.

Eine *Alternative* zu den offiziellen einseitigen „Verfassungsschutzberichten“ wird hier geboten. Die Durchdringung Deutschlands durch die Geheimdienste westlicher „Freunde“, offiziell schlicht unterschlagen, wird hier thematisiert (C-I). Das geschieht auch im Hinblick auf die zunehmende Einseitigkeit, den „Verfassungsschutz“ im Kampf gegen Rechts zu instrumentalisieren (C-III). Zwar verschweigen die amtlichen Berichte das linksextremistische Spektrum nicht einfach, sie stellen es aber stark reduziert dar. Die von Bundesland zu Bundesland stark unterschiedliche, sogar gegensätzliche Behandlung der PDS (neuerdings „Linkspartei“) beweist das. Wessen Schutz dienen eigentlich diese Berichte? Na, dem der Verfassungsordnung werden im Brustton der Überzeugung nicht bloß die Etablierten antworten. Auch die obrigkeitshörige Bevölkerung wird das mehrheitlich so sehen. Wir aber sind so frei, auch den Etablierten den Spiegel vorzuhalten und sie mit den eigenen Prinzipien zu konfrontieren. Und siehe da (C-IV bis VII). Einzelne Gewerkschaften des DGB hätten schon vor 1989 wegen ihrer linksextremen Verflechtungen in die Verfassungsschutzberichte gehört. Ihr Fehlen dort belegt überzeugend die Aussage, daß es sich nicht um Veröffentlichungen zum Schutze der Verfassungsordnung, sondern des Establishment handelt. Die Gewerkschaften, insbesondere die des DGB, sind bereits an anderer Stelle untersucht worden.³

³ *Hans-Helmuth Knütter / Sebastian Prinz: Gewerkschaften und Linksextremisten. Politische Kampagnen und Politisierung der Betriebe.* in: *Arnd Klein-Zirbes und Stefan Winckler: Zukunftsmodell Soziale Marktwirtschaft.* Unna 2002, S. 171 – 183. Siehe auch: *Manfred Wilke / Hans-Hermann Hertle: Das Genossen-Kartell. Die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien.* Dokumente. Berlin 1992.

Allein die Frage: Wie halten die Etablierten es mit ihren eigenen Werten und Vorstellungen von Verfassungstreue? ist notwendig. Notwendig, um auf Verfassungsgefährdungen aus einer unerwarteten Richtung hinzuweisen. „Aber der Kaiser hat ja gar nichts an!“ ruft das Kind im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Deshalb: Keine Furcht vor der Wahrheit, auch wenn sie gegen eingeschliffene Strukturen und gewohnte, indoktrinierte Konventionen kräftig verstößt. Wir stürzen uns mit diesem Buch in ein Wagnis – es geht um nicht weniger als um die Kritik einer etablierten Herrschaftsordnung. Mutet das nicht an wie der Kampf eines schwachen David gegen einen ziemlich starken Goliath? Oder besser: ein winziger Gulliver wagt den Kampf mit zahlreichen Riesen, die ihm an Kraft und Bewaffnung überlegen sind. Ahnen wir nicht bereits die Einwände der Bedenkenträger, ein solches Verhalten sei weder mutig noch tollkühn, sondern einfach dumm. Es muß nicht heißen „viel Feind, viel Ehr“, sondern „viel Feind, viel Dummheit“. Die Etablierten und ihre Soldschreiber können auf zwei Arten reagieren: Sie versuchen es mit dem bewährten Totschweigen. Was nicht in den Medien ist, existiert nicht in dieser Welt. Oder sie werden hysterisch keifen. Der Gedanke, das etablierte Parteienkartell könnte selbst ganz oder teilweise verfassungswidrig sein, ist gar zu ungewohnt. Diese „demokratischen Parteien“, wie sie sich selbst gerne unter Ausschluss aller Neugründungen nennen, halten sich doch für die Verkörperung der bestehenden Verfassungsordnung, für ihre Schöpfer und Garanten. Und nun das!? Verfassungswidrig? Solche Gedanken müssen doch gleich verboten werden!

Nicht nur einem an Mitteln übermächtigen Gegner setzen wir uns aus, sondern auch scheinbar sachlichen Kritikern. Die können in den Beiträgen dieses Buches leicht Lücken und Unzulänglichkeiten feststellen. Gewiß! Wir können, selbst wenn wir wollen, nicht mit der Intensität beobachten und Informationen sammeln, wie die etablierten Geheimdienste. Deshalb ist dieser Alternativ-Bericht notgedrungen als Faktendarstellung unzulänglich. Aber er möge als Flagge wirken, die Widerstand anzeigt. Wir nehmen nicht alles hin. Wir sind weder Duckmäuser noch Untertanen. Wir versuchen, dem System seine eigene freiheitliche Melodie vorzusingen, es an seinen eigenen Ansprüchen zu messen und ihm seine Phrasen in den Hals zurückzustoßen. Und das angesichts der Selbstgleichschaltung der etablierten Medien! Damit landen wir wieder bei unserer Eingangsfeststellung: Welchen Mühlstein hängen wir uns hier um den Hals! Ich weiß nicht, ob man sich mit dem Hinweis auf die zahlreichen „selbsternannten“ Kämpfer für die Wahrheit trösten kann, die in Literatur und Geschichte kohlfahrig aussichtslose Kämpfe gegen übermächtige Gegner gewagt, verloren und mit Freiheit und Leben bezahlt haben. So dramatisch dürfte es in diesem Lande nicht gleich kommen. Aber der körperlichen Vernichtung gehen die soziale und die psychische Terrorisierung voraus. Übrigens: „selbsternannte“ Kämpfer – das ist eine von etablierten Lohnschreibern gerne gebrauchte Formel, die sowohl der Diskriminierung als auch dem ermahnenden Zureden dient: Nehmt doch Vernunft an und richtet Euch nach der politisch korrekten Sprachregelung der Etablierten - zum eigenen Vorteil und dem des Establishment. Dabei ist „selbsternannt“ ein großes Kompliment: Man vertraut nicht auf Brief, Siegel und Konzession der Etablierten, sondern denkt und handelt aus eigener Verantwortung. . Nicht offiziell beauftragt und amtlich abgesegnet, sondern selbsternannt. Jawohl! So soll es sein.

Bonn, im August 2006
Der Zweitherausgeber

Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich bei vorstehendem Text um die vom Zweitherausgeber *Hans-Helmuth Knütter* verfaßte Einführung in die Querschnittsthemen des Alternativen Verfassungsschutzberichts; diese Einführung, die hier unverändert übernommen ist, kann in der Buchausgabe auf den Seiten 329 bis 333 nachgelesen werden.

Das Gesamtwerk im Umfang von 579 Seiten kann noch für den Preis von lediglich 5 € bezogen werden:

http://www.amazon.de/Was-Verfassungsschutz-verschweigt-Alternativen-Verfassungsschutzbericht/dp/3939869511/ref=sr_1_3?s=books&ie=UTF8&qid=1292078281&sr=1-3